

Fatale Nullzinspolitik?

Es gibt einige Themen, bei denen die Deutschen eine gewisse Tendenz dazu haben, schnell ins Hyperventilieren zu geraten. Die deutsche Angst davor, dass eine grassierende Inflation das eigene Ersparte über Nacht zerstört, gehört definitiv auch zu einem dieser Phänomene. Auslöserin dieser Angstgeschichten ist häufig die Europäische Zentralbank (EZB) und ihrer expansive Nullzinspolitik.^{1 2 3} Diese Sorgen wurden nun durch ein paar neuerliche Entwicklungen wieder angefacht worden.

Wie die meisten von Euch wissen, verfolgt die EZB mit ihrer Geldpolitik ein Inflationsziel von „unter, aber nahe an zwei Prozent“. Wie Anfang Juli kommuniziert wurde, streben die Zentralbanker nun ein Inflationsziel von „zwei Prozent“ an. Zukünftig will die Notenbank also „moderat über dem Zielwert“ von zwei Prozent liegende Inflationslevel zeitweise akzeptieren. Konkret bedeutet dies, dass die EZB nicht sofort ihre expansive Geldmengen- und Nullzinspolitik aufgibt, nur weil die Inflationsrate in der Eurozone kurzzeitig über zwei Prozent liegt.⁴ Dies hat gerade in Deutschland zu einem ersten Aufschrei geführt.^{5 6 7}

Dazu kommt nun auch noch, dass die deutsche Volkswirtschaft im Juli 2021 eine ungewöhnlich hohe Inflationsrate von 3,8 Prozent verzeichnet hat. Eine höhere Teuerungsrate gab es laut Statistischem Bundesamt zuletzt im Dezember 1993.^{8 9} Dies führte zu Aufschrei Nummer Zwei.^{10 11}

Der Anlass für die heutige Folge ist allerdings ein anderer. Diese Woche Mittwoch hat das Bundesverfassungsgericht die seit 2014 erhobenen Steuerzinsen in Höhe von sechs Prozent als verfassungswidrig eingestuft. Dieser Zinssatz sei realitätsfern und damit verfassungswidrig. Als Konsequenz des Urteils müssen alle Steuerbescheide mit Verzinsungszeiträumen ab 2019 korrigiert werden. Zur Erklärung: Steuerzinsen sind Zinsen, die bei Steuernachzahlungen bzw. -erstattungen von mehr als 15 Monaten bezahlt werden müssen. Wenn also ich meine Steuer mehr als 15 Monate zu spät bezahle, muss ich die Steuerzinsen bezahlen. Wenn andersherum das Finanzamt mehr als 15 Monate für meine Steuererstattung benötigt, muss der Fiskus diesen Zinssatz auf die betroffene Summe an mich bezahlen. Karlsruhe hat nun entschieden, dass der Zinssatz in Höhe von 6 Prozent auf Grund der aktuellen Niedrigzinsen realitätsfern und damit zu hoch ist.¹²

Simon und ich nehmen uns diese Themen zum Anlass, um über die deutschen Inflationsängste und Vorbehalte gegenüber der EZB zu diskutieren.

¹ <https://www.handelsblatt.com/finanzen/anlagestrategie/trends/vermoegenscheck-inflationsangst-in-deutschland/6934506-2.html>

² https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/inflation-ezb-verbraucher-geldpolitik-1.5318366?utm_source=Twitter&utm_medium=twitterbot&utm_campaign=1.5318366

³ <https://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/boerse-im-ersten/videos/boerse-vor-acht-video-720.html>

⁴ <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-inflation-strategiewechsel-1.5345635>

⁵ https://twitter.com/f_schaeffler/status/1413414412858404870

⁶ <https://www.faz.net/aktuell/finanzen/ezb-aendert-inflationsziel-jaehrliche-inflation-von-zwei-prozent-17428061.html>

⁷ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/ezb-strategie-analyse-101.html>

⁸ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/inflation-rate-deutschland-101.html>

⁹ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/08/PD21_377_611.html

¹⁰ <https://www.zeit.de/2021/32/inflation-inflationsrate-deutschland-otmar-issing-moritz-schularick>

¹¹ <https://www.zeit.de/politik/2021-08/inflation-corona-krise-wirtschaft-preise-einkommen-europaeische-zentralbank>

¹² <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/steuern-zinsen-karlsruhe-101.html>

Notizen:^{13 14}

- Basiseffekt durch Mehrwertsteuererhöhung (Juli 2020 – Dezember 2020), i.e. geringe Basis (Rate im Vergleichsmonat Juli 2020)
- Inflationsrate 11,6 Prozent von 11,6% für Energieprodukte. CO₂-Steuer und Basiseffekt Ölpreis. Inflationsrate ohne Energie bei 2,9 Prozent.
- Post Corona (Nachholkonsum,
- „Die Preise für Nahrungsmittel insgesamt stiegen um 0,4 %. Hier standen beispielsweise den Preisanstiegen bei Gemüse (+1,1 %) auch Preisrückgänge bei Obst (-1,2 %) gegenüber. Billiger wurden zudem Bekleidung und Schuhe (-2,4 %), vorrangig bedingt durch Preisnachlässe für Sommerartikel.“

¹³ https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/08/PD21_377_611.html

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/konjunktur/inflation-auswirkungen-101.html>